

# Energiewende droht Stillstand - Bundespolitik muss unmittelbar nach der Sommerpause gegensteuern

Mit einem Appell an die Bundespolitik hat Hermann Albers, Präsident Bundesverband WindEnergie (BWE), die diesjährige RostockWind eröffnet.



Bild: BWE

„Unmittelbar nach der Sommerpause braucht es eine klare Zusage mit welchem Zeit- und Mengengerüst beim Ausbau der Erneuerbaren Energie die Koalition die Energiewende weiterführen will. Seit Juli 2017 schaut die Politik im Wesentlichen zu, wie die Energiewende zum Stehen kommt. Die zukünftige Konkurrenzfähigkeit der leistungsstarken deutschen Windindustrie wird dadurch in ihrem Kern gefährdet. Niemand kann wollen, dass wichtiges Knowhow verloren geht und Wertschöpfung ins Ausland verlagert wird“, so Hermann Albers.

Im Rahmen der Halbjahreszahlen hatten BWE und VDMA darauf hingewiesen, dass nach einem durchschnittlichen Zubau von rund 4.600 MW Wind an Land in den Jahren 2014 bis 2017 im Jahr 2018 noch mit 3.500 MW zu rechnen ist und im Jahr 2019 mit einem Rückgang auf maximal 2.000 MW ein Tiefpunkt erreicht wird. Die IG Metall Küste hatte Mitte Juli auf die schwierige Beschäftigungslage in den Unternehmen hingewiesen.

„Der Koalitionsvertrag nennt das Ziel den Anteil Erneuerbarer Energien bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der zusätzlichen Strombedarfe zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie. Damit erkennen CDU, CSU und SPD klar und deutlich an, dass Erneuerbarer Strom die Leitenergie der Zukunft ist. Dieses Bekenntnis muss nun endlich mit realen Gesetzesinitiativen unterlegt werden. Ohne ein stabil ausgeprägtes Ausbautvolumen wird die Energiewende zum Stillstand kommen und die Windindustrie sich in andere Märkte orientieren. Deutschland könnte dann seine klimapolitischen Zusagen zum Pariser Klimaabkommen und gegenüber der Europäischen Union nicht einhalten. Noch ist es nicht zu spät, um der Branche eine sichtbare Perspektive zu geben. Angesichts langer Planungszeiten von durchschnittlich drei bis fünf Jahren muss unmittelbar nach der parlamentarischen Sommerpause gehandelt werden, um die Ausbaudelle nicht zu einem Ausbaugraben werden zu lassen, der sich kaum noch korrigieren lässt.“

Hermann Albers kündigte an, dass die Branche ihrerseits mehr Verantwortung für das Gesamtsystem übernehmen wolle und deshalb direkte Marktbeziehungen zugelassen werden müssten. Dafür hat der BWE konkrete Vorschläge unterbreitet, die einen Einstieg in die Echtzeitenergiewirtschaft ermöglichen, bei der die CO<sub>2</sub>-Freiheit des Windstroms bis zum Endkunden nachweisbar bleibt.

„Wir bekennen uns seit 2011 dazu, auf lediglich 2 Prozent der Landesfläche den von uns politisch geforderten Beitrag zum Umbau der Energiewirtschaft leisten zu können. Deshalb sind neben dem Bund auch die Länder aufgerufen, entsprechende Flächen nutzbar zu machen. Dabei sollte ein starker Fokus auf bereits genutzten Flächen liegen. Die Länder sollten die Regionalplanung ermuntern, alle Möglichkeiten zu nutzen, um auf diesen Flächen ein Repowering zu ermöglichen“, so Hermann Albers.